

Kretschmann will berufliche Gymnasien stärken

Landkreis soll bei PFC-Katastrophe unterstützt werden / Keine Hoffnung für die Wasserversorger

Von unserem Redaktionsmitglied
Ulrich Coenen

Bühl. Geschenke zu verteilen hatte der Ministerpräsident nicht. Immerhin gab es bei der kommunalpolitischen Runde mit Bürgermeistern und Abgeordneten aus dem Landkreis Rastatt am Mittwochnachmittag im Bürgerhaus Neuer Markt in Bühl ein Bonbon für den Landrat. Das Land Baden-Württemberg werde den Kreis nicht auf den Kosten für die PFC-Problematik sitzenlassen, erklärte Winfried Kretschmann. Landrat Jürgen Bäuerle hatte zuvor berichtet, dass der Landkreis bisher 250 000 Euro in die gutachterliche Tätigkeit eines Ingenieurbüros und eine neue Planstelle speziell für diese Thematik im Landratsamt investiert hat. Nach bishe-

Nicht alle Schulstandorte gesichert

rigen Feststellungen sind 114 Hektar landwirtschaftlicher Flächen im Kreisgebiet durch den Kompost eines hiesigen Unternehmens belastet.

Kretschmann sprach von einer „schlimmen Emissionskatastrophe“. Vor einer Sanierung seien aber weitere Untersuchungen notwendig. „Wir müssen in erster Linie den Verursacher heranziehen“, meinte der Ministerpräsident im Hinblick auf die Kosten. Ihm sei aber kein Fall in Baden-Württemberg bekannt, in dem das Land eine Stadt oder einen Landkreis auf den hohen Kosten habe sitzenlassen. „Beruhigen Sie sich bitte“, sagte Kretschmann. „Die Kostenfrage werden wir in der Kontaktgruppe erörtern.“

Weniger erfreulich verlief der Tag für den Kuppenheimer Bürgermeister Karsten Mußler in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des Wasserversorgerverbandes vorderes Murgtal. Der hat bisher 1,3 Millionen Euro wegen PFC-Schäden investieren müssen. Mit einer



BESUCH BEI DER AFFENTALER WINZERGEOSSENESCHAFT: Nach der Gesprächsrunde im Bühler Bürgerhaus gab es für Winfried Kretschmann eine Führung durch Geschäftsführer Ralf Schäfer (links).
Foto: Margull

finanziellen Unterstützung durch das Land kann er aber nicht rechnen. „Der Wasserversorgerverband ist zuständig, den Verbrauchern sauberes Wasser zu liefern“, meinte Kretschmann. „Bezahlen müssen die, die das Wasser erhalten. Ich kann Ihnen keine Hoffnung machen, wir werden Ihren Wunsch aber prüfen.“

Ein weiteres Thema war die Entwicklung der Schulen und Sonderschulen, die den Landkreis als Träger von 15 Schulen besonders interessiert. Landrat Bäuerle sorgte sich wegen der geplanten Öffnung der allgemeinbildenden Gymnasien für Absolventen der Gemein-

schaftsschulen und Realschulen. Nach diesem Konzept soll es in Zukunft auch in der Oberstufe allgemeinbildender Gymnasien Anfängerkurse für die zweite Fremdsprache geben. Das ist bisher nur an beruflichen Gymnasien möglich. Bäuerle befürchtete deshalb eine Schwächung der beruflichen Gymnasien im Landkreis.

„Wir werden den Teufel tun, die beruflichen Gymnasien infrage zu stellen“, entgegnete Kretschmann. „Wir werden sie vielmehr stärken.“ Mit den beruflichen Gymnasien könne Baden-Württemberg neben dem G 8 ein G 9 anbieten. Aus diesem Grund wolle er den Mo-

dellversuch mit insgesamt 49 allgemeinbildenden Gymnasien für ein G 9 nicht ausweiten. „Wir wollen definitiv keine Konkurrenz für die beruflichen Gymnasien“, sagte der Ministerpräsident. Diese „wilde Konkurrenz“ sei nicht im Sinne des Landes.

Gemeinschaftsschulen würden nur dort eingerichtet, wo die Kommunen dies wünschten. Oberstufen an diesen Einrichtungen werde es außerhalb von Großstädten kaum geben, meinte Kretschmann. Er geht allerdings wegen der sinkenden Schülerzahlen davon aus, dass sich nicht alle Schulstandorte halten lassen.